

### Haushaltsauschuss des Abgeordnetenhauses.

N. Berlin, 19. Okt. (Priv.-Tel.) Der verstärkte Haushaltsauschuss des Abgeordnetenhauses kam heute Vormittag zusammen, um über die Kohlenversorgung und über die Ernährungsfragen zu beraten. Zunächst entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der Berichterstattung für die Presse. Die beiden konservativen Parteien, die Nationalliberalen und der größte Teil des Zentrums sprachen sich dafür aus, die Verhandlungen für vertraulich zu erklären und der Presse einen amtlichen Bericht zu erklären zu lassen. Als Hauptgesichtspunkt wurde dafür geltend gemacht, daß man sich in der vertraulichen Besprechung freier und ungebundener ausdrücken könnte, ohne befürchten zu müssen, daß durch die Veröffentlichung Schaden angerichtet werde. Die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Abgeordnete Wiesberts vom Zentrum wandten sich gegen die vertrauliche Behandlung und erklärten sich für die Freigabe der Berichterstattung. Sie wiesen darauf hin, welche schlechten Erfahrungen mit der amtlichen Berichterstattung über die Verhandlungen des Reichstagsausschusses gemacht worden seien. Auch die bisherigen amtlichen Berichte, die aus den Abgeordnetenhauskommissionen herausgegeben worden seien, seien meist sehr allgemein und nichtsagend gehalten gewesen. Mit Recht zeige sich in der Presse eine Abneigung gegen die Veröffentlichung solcher amtlicher Berichte. Die Mehrheit beschloß jedoch die vertrauliche Behandlung und amtliche Berichterstattung. Dagegen stimmten nur die fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Polen und der Zentrumsabgeordnete Wiesberts.

Ueber die Sitzung wird mitgeteilt: Die verstärkte Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses begann heute die Beratung der Ernährungsfragen. Wegen der diesjährigen Ernte in Brotgetreide gab die Berichterstatter Dr. Hoesch vor allem zu gründen, er müsse warnen zu sollen. Sicherlich nie er jedoch, auf die Möglichkeit hin, eine Streckung dieses Nahrungsmittels durch Gerste und Hafer sowohl, als auch insbesondere durch Kartoffeln herbeizuführen. Allerdings sei nicht zu verkennen, daß die Futtergetreidernte noch weit in ihren Erträgen hinter der Brotgetreidernte zurückbleibe. Nichtsdestoweniger habe man in erster Linie an eine unmittelbare Zuführung der verfügbaren Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung zu denken, wenngleich natürlich nicht außer Acht gelassen werden dürfe, daß der Fortbestand der Viehbestände, wenn auch in verringertem Umfange, gesichert bleiben und vor allem eine hinreichende Ernährung der Arbeitstiere die ordnungsmäßige Fortführung der Aderbestellung sicherstellen müsse. Die Kartoffelernte sei als eine mindestens gute zu begrüßen und lasse eine weit bessere Ernährung der Bevölkerung zu als im vergangenen Jahre. Man hoffe mit Gewißheit auch aus dieser Quelle eine sichere hinlängliche Ernährung der Arbeitstiere mitbewirken zu können. Die Unmöglichkeit einer ausreichenden Ernährung der bereits verringerten Viehbestände für den kommenden Winter habe eine weitere Reduktion insbesondere der Schweinebestände zur leider unvermeidlichen Folge. Es sei daher nicht angebracht, irgendwelche große Hoffnungen auf die Ernährungsquelle aus diesen Viehbeständen zu setzen. Neben Mangel an Fleisch würde vor allem auch der an Butter in Erscheinung treten, und man müsse es demgemäß mit Freude begrüßen, daß immerhin nennenswert sich der Anbau von Dörrfrüchten gehoben habe, und auch die Gewinnung von Fett zu menschlichen Genusszwecken wie auch zu technischen Aufgaben aus allen möglichen Rückständen der Tierkörper wesentlich angewachsen sei. Allerdings sei dem entgegenzuhalten, daß die Winterfütterung eine knappe Versorgung mit Butterfett bedinge. Angesichts der günstigen Kartoffelernte werde aber ein beschränkter Rückgang der Fettversorgung wohl zu überwinden sein. Die Leistungsfähigkeit unserer Rinder- und Schweinebestände für die Fleischversorgung werde am besten belegt durch die vorgeführten Zahlen über die früheren und jetzigen durchschnittlichen Schlachtgewichte, aus denen zu erkennen sei, daß zur Erzielung derselben Fleischmenge eine wesentlich größere Zahl von Tieren habe geschlachtet werden müssen als ehemals. Die Zuckerrübenerte verspreche wenigstens durchschnittlich einen recht guten Ertrag. Zu befürchten sei, daß durch nicht rechtzeitige und ausreichende Anlieferung von Kohlen oder durch Mangel an Arbeitskräften die Kampagne der Zuckerrüben zu weit hinausgeschoben werde. Man erkenne aus alledem, daß ebenso wie bisher die größte Sparbarkeit bei der Rationierung zu beobachten sei, daß aber auf Grund des immer besser ausgebauten Bewirtschaftungssystems ein Durchhalten durch das bevorstehende Wirtschaftungsjahr nicht in besonderer Weise gefährdet sei.

Als zweiter Berichterstatter führte der Vba. Littmann aus, zu organisieren sei im allgemeinen nur das Erfassen des Geernteten. Die Verteilung müsse sich immer der Ernte anpassen. Für Kartoffeln und Getreide im weitesten Sinne seien inzwischen Organisationen geschaffen, die das Erfassen der Ernte eher ermöglichten als früher. Zunächst sei die Spitze des Kriegsernährungsamtes mit Vollmachten versehen worden, die ihr bisher gefehlt hätten. Herr von Balbow sei Reichsstaatssekretär, aber auch preussischer Minister und preussischer Staatskommissar für Ernährungswesen. Ihm ständen also alle Vollmachten zu Gebote, die hier den Verwaltungsorganen der Bundesstaaten gegenüber die nötige Exekutive seiner Verordnungen und Anordnungen sicherten. Wenigstens sei das in Preußen der Fall. Wie weit in anderen Bundesstaaten, müsse dahingestellt bleiben. Ein weiterer Vorzug der Organisation liege in den Verordnungen über die Kartoffelversorgung und in der Reichsgetreideordnung, beide vom Juni des Jahres 1917. Hier sei als verantwortlich nicht nur der Kommunalverband, sondern auch die Gemeinde eingeführt, und zwar verantwortlich sowohl für die Bestellung als auch für die Ernte und deren Ablieferung. Auch die Gutsbezirke trügen nunmehr direkt die Verantwortung für ihre Lieferungen. Ob sich diese Organisation noch vervollkommen lasse, insbesondere durch Bildung von Lieferungsvereinigungen, bitte er zu erwägen. Er sei auch der Ansicht, daß die Heranziehung und Verantwortung der Gemeinden und Gutsbezirke bei der Lieferung von Fett und Milch mit Erfolg eingeführt werden könne. In der Preispolitik habe sich inzwischen das Kriegsernährungsamt im Wesentlichen dem Gutachten der 11 landwirtschaftlichen Professoren angeschlossen. Damit sei eine Annäherung der Professorenpreise und Futtermarktpreise erreicht, außerdem eine Erhöhung der Kartoffelpreise eingetreten, dagegen aber eine Senkung der Fleischpreise. Es sei zu hoffen, daß durch diese Maßnahmen die Konkurrenz zwischen Mensch und Vieh zugunsten des Menschen entschieden werde. Es lasse sich allerdings nicht verkennen, daß eine schwere Schädigung unseres Viehstandes eingetreten sei. Die Schädigung könne mit Rücksicht auf die neue Ernte sogar noch erheblich größer werden. Sie lasse sich aber nicht vermeiden. Die neue Ernte stehe unter nicht allzu günstigen Auspizien. An Brotkorn sei sie mäßig, an Futterkorn schlecht, dagegen sei allerdings eine gute Kartoffelernte zu erwarten. Es sei zu hoffen, daß man durch die Kartoffeln die menschliche Ernährung sichern könne, daß man die bisherige Protration evtl. durch Streckung aufrechterhalten könne. Dagegen sei nicht mit Sicherheit auf Innehaltung der bisherigen Fleischration zu rechnen. Gefordert müsse überall werden eine gleichmäßige Verteilung der Rationen in allen großen Städten. Hier beständen noch insbesondere in der Verteilung von Kartoffeln und von Fett erhebliche Unterschiede. Das System der öffentlichen Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln ohne Beschlagnahme und Rationierung allein durch Höchstpreise und Verwaltungsverordnungen habe versagt. Er wies hier insbesondere auf die Obst- und Gemüseversorgung und auf die Bierversorgung hin. Ein Höchstpreissystem allein sei nicht nur schädlich für die Versorgung, sondern auch schädlich für die Moral der Bevölkerung. Für die Vorbereitung der neuen Ernte des Jahres 1918 läme vielleicht schon der Friedenszustand in Betracht. Er glaube aber, daß man auch nach dem Frieden auf die Ergebnisse der eigenen Wirtschaft für die Ernährung der Bevölkerung angewiesen bleiben werde, da greifbare Weltvorräte nicht mehr vorhanden seien. Er glaube auch, daß man im wesentlichen weiter auf Rationierung und Beschlagnahme der wesentlichsten Nahrungsmittel